



# hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik.

## Ausweitung des Euro-Rettungsschirms Solidarische Hilfe nur gegen strenge Auflagen

15.09.2011

Die parlamentarische Sommerpause ist zu Ende. Die Schuldenkrise einiger Euroländer hat uns in den letzten Wochen intensiv beschäftigt. Es stehen wichtige Entscheidungen im Bundestag zum Euro-Rettungsschirm an.

### Stabilität des Euro

Der Euro ist für ein erfolgreiches Deutschland unverzichtbar. Er ist stabiler als es die D-Mark war. Unsere Entscheidungen waren bis jetzt alle zielführend, das zeigt sich insbesondere an der Stabilität der europäischen Währung.

Die Staatsschuldenkrise, mit der wir heute kämpfen, ist die Folge der Fehlentscheidungen von Rot-Grün. Der erste Fehler von SPD und Grünen war die Aufweichung der Euro-Stabilitätskriterien. Das wirkte wie eine Einladung zum Schuldenmachen. Der zweite Fehler war, dass SPD und Grüne trotz unserer Warnungen für die Aufnahme Griechenlands in den Euroraum gestimmt haben. Alle Euroländer müssen nun gemeinsam daran arbeiten, diese Fehler auszubügeln.

### Euro-Rettungsschirm:

#### Hilfe nur gegen strenge Sparauflagen

Der Euro-Rettungsschirm, zum einen als vorläufige Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und zum anderen als permanenter Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM), ist Teil des europäischen Gesamtkonzepts. Jedes Euroland muss aus eigener Kraft wettbewerbsfähig sein und gut wirtschaften. Gerät ein Euroland aber akut in eine finanzielle Krise, ist die Unterstützung des notleidenden Landes durch die anderen Eurostaaten geboten. Die Hilfsmaßnahmen werden nur gegen strenge Sanierungs- und Sparauflagen vergeben. Dabei gilt: Wer Hilfe erwartet, muss sich selbst verlässlich zeigen! Die Einhaltung der Auflagen ist für uns zwingend, denn Solidarität ist keine Einbahnstraße. Gerade bei Griechenland zeigt sich, dass diese Haltung richtig und wichtig ist und der Druck erhöht werden muss. Eine ungeordnete Insolvenz muss jedoch aufgrund der unabsehbaren Folgen verhindert werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner

Entscheidung vom 7. September 2011 unsere bisherige Euro-Rettungspolitik als verfassungsgemäß vollauf bestätigt.

### Ausweitung der EFSF

Der vorläufige Rettungsschirm (EFSF) hat sich bewährt, muss aber ausgeweitet werden. Der Fonds kann derzeit nicht über die volle Summe von 440 Mrd. Euro verfügen, da nicht alle Euroländer eine erstklassige Bonität haben. Der Fonds muss für mehr garantieren als er ausgeben kann. Aus diesem Grund soll die Garantiesumme von 440 auf 780 Mrd. Euro angehoben werden. Darüber hinaus soll der Fonds flexiblere Instrumente erhalten, damit die Probleme einzelner Länder gezielter und wirksamer gelöst werden können. U.a. soll der Fonds vorbeugend tätig werden können, um Krisen frühzeitiger zu bekämpfen. Mit der Ausweitung des Rettungsschirms muss eine Stärkung der parlamentarischen Kontrolle einhergehen. Der Bundestag muss seine Budgetverantwortung wahrnehmen können. Die Koalitionsfraktionen haben sich auf abgestufte Mitwirkungsrechte verständigt.

### Euro-Rettung ohne Euro-Bonds:

#### Eigenverantwortung und Stabilität

Hilfen für die notleidenden Länder gibt es nur im Ausnahmefall. Die christlich-liberale Koalition betont die Eigenanstrengungen dieser Länder. Solidarität und Eigenverantwortung sind zwei Seiten einer Medaille. Aus diesem Grund sind wir auch klar gegen Euro-Bonds. Die Opposition liegt mit ihrer Forderung nach Euro-Bonds völlig falsch. Euro-Bonds würden zu höheren Zinsen für die solide wirtschaftenden Länder führen und zudem den Sanierungsdruck von den Krisenländern nehmen. Die Schulden dürfen nicht vergemeinschaftet werden. Auch das Bundesverfassungsgericht hält in seinem Urteil von letzter Woche eine Haftungsgemeinschaft für verfassungswidrig. Wir brauchen keine Schuldenunion, sondern eine Stabilitätsunion.

Wir befinden uns in einer schwierigen Situation, in der es keine schnellen, einfachen Lösungen gibt. Aber wir sind auf einem guten Weg, die Stabilität der Eurozone zu sichern.